



Bereich Verteidigung

Kurz und bündig:

Die Verteidigungsfähigkeit muss wieder eine Aufgabe der jetzigen Generation werden!

Verteidigung ist eines der dringendsten Probleme. Gilt das aber auch für die Haushaltspolitik der jetzigen Regierung?

- ⇒ Angesichts der **Bedrohungslage** ist die **Ausweitung** der **Verteidigungsausgaben** eine **richtige** und wichtige politische Weichenstellung. Die Äußere Sicherheit ist eine der Grundvoraussetzungen unserer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft. Allerdings muss trotz dieser Herausforderung die Generationengerechtigkeit gewahrt werden.
- ⇒ **Äußere Sicherheit** wird man **auf Dauer** nur erhalten können, wenn neben der Verteidigungsfähigkeit auch eine **wettbewerbsfähige Wirtschaft** und **ein solide finanzierter Staat** tritt. Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ist in der Lage die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Ein solide finanzierter Staat garantiert, dass dieser auf Dauer den Herausforderungen gerecht werden kann. Nur das Zusammenspiel dieses **magischen Dreiecks der Äußeren Sicherheit** ermöglicht dauerhaft **Frieden und Freiheit**.
- ⇒ Die Äußere Sicherheit ist eine der drängendsten Aufgaben der Politik von heute. Das spiegelt sich aber nicht in der Haushaltspolitik der aktuellen Bundesregierung wider. **Anspruch und Wirklichkeit** fallen weit auseinander.
- ⇒ Die Bundesregierung plant dauerhaft jährlich weniger als 1 % unserer Wirtschaftsleistung für die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes aus laufenden Einnahmen auszugeben. Das ist ein absoluter **Negativrekord**, den es bisher in der Geschichte der Bundesrepublik seit der Wiederbewaffnung nicht gegeben hat.
- ⇒ Es muss dringend die Balance in der **Generationengerechtigkeit** wiederhergestellt werden. Die jetzige Generation muss einen deutlich höheren Anteil der Verteidigungsausgaben finanzieren.
- ⇒ **Finger weg von weiteren Ausnahmen**. Aktuell wird diskutiert Zinsausgaben teilweise bei der Schuldenbremse nicht mehr zu berücksichtigen. Die Zinslasten sind das einzige Disziplinierungsinstrument und der einzige Schutz für zukünftige Generationen vor der finanziellen Überforderung.
- ⇒ **Besonders pikant** wird die asymmetrische Verteilung der finanziellen Lasten zwischen den Generationen, wenn man die Diskussion um die Frage der Wehrpflicht ergänzt. Nachdem die heutige Generation die **Friedensdividende** eingestrichen hat, will man die **finanzielle Hauptlast** für die Wiedererlangung der Verteidigungsfähigkeit und die **Verteidigung selbst** der **jungen Generation** sowie den zukünftigen Generationen **überlassen**. Darüber hinaus stellt die aktuelle Regelung zur Wehrpflicht eine nicht zu akzeptierende Diskriminierung von jungen Männern dar.

Im Einzelnen:

Die Verteidigungsfähigkeit muss wieder eine Aufgabe der jetzigen Generation werden!

Der **Etat für Verteidigung** soll auf 82,7 Mrd. Euro in 2026 steigen. Das sind 20 Mrd. Euro mehr als 2025 und eine Steigerung von rund 32%. Somit ergibt sich eine „Verteidigungsquote“ (Verhältnis der Gesamtausgaben in Verteidigung zum BIP) von 2,8 % für 2026. Laut mittelfristiger Finanzplanung wird mit einer Verteidigungsquote i. H. v. 3,5 % bis 2029 gerechnet (NATO-Ziel ist eine Quote i. H. v. 5 %).

Angesichts der Bedrohungslage ist die Ausweitung der Verteidigungsausgaben eine richtige und wichtige politische Weichenstellung. Die Äußere Sicherheit ist eine der Grundvoraussetzungen für unsere pluralistische, demokratische Gesellschaft. Allerdings muss trotz dieser Herausforderung die Generationengerechtigkeit gewahrt werden.

Äußere Sicherheit wird man auf Dauer nur erhalten können, wenn neben der Verteidigungsfähigkeit auch eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und ein solide finanzierter Staat tritt. Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ist in der Lage die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Ein solide finanziert Staat garantiert, dass dieser auf Dauer diesen Herausforderungen gerecht werden kann. Nur das Zusammenspiel dieses **magischen Dreiecks der Äußeren Sicherheit** ermöglicht dauerhaft Frieden und Freiheit.

Anspruch gleich Wirklichkeit?

Die Äußere Sicherheit ist eine der drängendsten Aufgaben der Politik von heute. Das spiegelt sich aber nicht in der Haushaltspolitik der aktuellen Bundesregierung wider. Bezahlen sollen das nämlich die zukünftigen Generationen.

Die Bundesregierung plant dauerhaft jährlich weniger als 1 % unserer Wirtschaftsleistung für die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes aus laufenden Einnahmen zu finanzieren. Das ist ein absoluter **Negativrekord**, den es bisher in der Geschichte der Bundesrepublik seit der Wiederbewaffnung nicht gegeben hat. Anspruch und Wirklichkeit fallen weit auseinander.¹

¹ Entwicklung der Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien siehe auch:
<https://www.handelsblatt.com/politik/international/bundeswehr-so-gering-ist-deutschlands-militaeretat-im-historischen-vergleich/100015252.html>

Die großen Ansprüche bezahlt die zukünftige Generation

Die aktuelle Haushaltsplanung belastet vor allem zukünftige Generationen. Im Haushaltsjahr 2026 werden nur ca. 36,5 % der Verteidigungsausgaben aus laufenden Einnahmen finanziert. Umgekehrt gesprochen ca. 63,5 % der Ausgaben schultern zukünftige Generationen durch eine enorme Neuverschuldung. Die folgenden Ausführungen zeigen, dass die Haushaltspolitik von CDU, CSU und SPD **eklatant gegen die Generationengerechtigkeit verstößt**.

Tabelle 1: Berechnung des Anteils der Kreditfinanzierung an Ausgaben nach NATO-Kriterien

	1. RegE 2025	2. RegE 2025	1 Reg.E 2026	FiPl 2029
	in Mrd. €			
Ausgaben nach Nato-Kriterium	89,45 €	105,43 €	126,72 €	172,94 €
Ausgaben SV BW zu 100 % Schulden finanziert	21,96 €	24,00 €	25,50 €	- €
Ausgaben nach Nato-Kriterium ohne SV BW	67,49 €	81,43 €	101,22 €	172,94 €
Ausgaben Bereichsausnahme nach Nato-Kriterien		70,66 €	90,95 €	161,30 €
Anteil Kreditfinanzierung der Bereichsausnahme		43%	56%	72%
<i>Ausgaben der Bereichsausnahme nach Nato-Kriterien die nicht kreditfinanziert sind</i>		40,46 €	40,24 €	44,56 €
Ausgaben nach Nato-Kriterien die nicht der Bereichsausnahme unterliegen		10,77 €	10,27 €	11,64 €
Summe Ausgaben nach Nato-Kriterien nicht SW BW und nicht kreditfinanziert durch Bereichsausnahme		51,23 €	50,51 €	56,19 €
Anteil Kreditfinanzierung Gesamthaushalt	10,5%	11,6%	8,4%	1,2%
Davon Kreditfinanziert durch den Gesamtha	7,09 €	5,95 €	4,25 €	0,67 €
SV BW	21,96 €	24,00 €	25,50 €	- €
Bereichsausnahme 100 % Kreditfinanziert		30,20 €	50,71 €	116,74 €
Ausgaben nach Nato-Kriterien Kreditfinanziert	29,05 €	60,15 €	80,45 €	117,41 €
	1. RegE 2025	2. RegE 2025	1 Reg.E 2026	FiPl 2029
Anteil Kreditfinanzierung an Ausgaben nach Nato-Kriterien	32,5%	57,1%	63,5%	67,9%

Gemäß des 1. Reg. Entwurfs 2026 der Bundesregierung summieren sich die Ausgaben nach NATO-Kriterien auf ca. 126,72 Mrd. €. Diese verteilen sich auf das Sondermögen Bundeswehr, weitere Ausgaben der verschiedenen Einzelpläne sowie auf Ausgaben, die unter die Bereichsausnahme nach Art. 115 Grundgesetz fallen. Die Ausgaben der Bereichsausnahme bis zu einer Höhe von 1 % des BIPs werden über den Kernhaushalt finanziert und dort anteilig mit

Schulden finanziert. Ausgaben der Bereichsausnahme, die darüber hinaus gehen, werden zu 100 % schuldenfinanziert.

Aus dem Sondervermögen Bundeswehr werden 25,5 Mrd. € entnommen. Diese Mittel sind zu 100 % Schulden finanziert. Die Ausgaben der Bereichsausnahme nach NATO-Kriterien entsprechen 90,95 Mrd. €. Der Anteil der Kreditfinanzierung an den Ausgaben der Bereichsausnahme beträgt 56 %. Daraus folgt das circa 50,71 Mrd. € zu 100% kreditfinanziert werden.

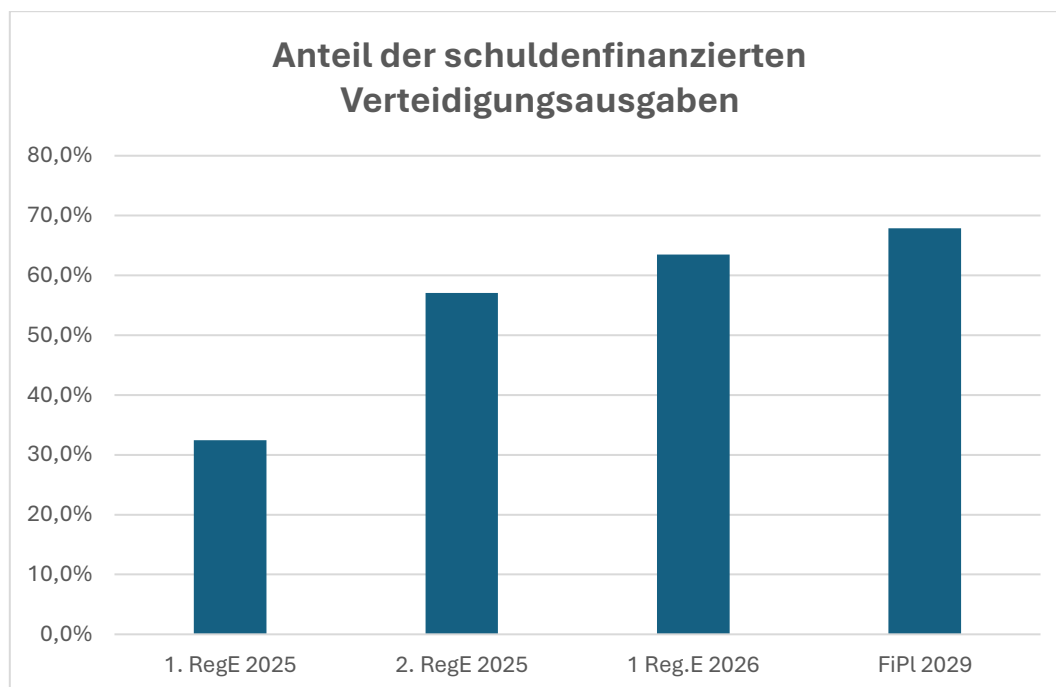
Tabelle 2: Berechnung des Anteils der Kreditfinanzierung des Kernhaushalts

		1. RegE 2025	2. RegE 2025	1 Reg.E 2026	FiPl 2029
		in Mrd. €			
Ausgaben		488,60 €	503,00 €	520,50 €	572,10 €
Bereichsausgaben		- €	75,10 €	97,40 €	168,70 €
Ausgaben ohne Bereichsausgaben		488,60 €	427,90 €	423,10 €	403,40 €
Neuverschuldung		51,30 €	81,78 €	89,87 €	126,90 €
Bereichsausnahme		- €	32,07 €	54,31 €	122,10 €
NKA ohne Bereichsausnahme		51,30 €	49,71 €	35,56 €	4,80 €
Anteil Kreditfinanzierung		10,5%	11,6%	8,4%	1,2%

Die Ausgaben der Bereichsausnahme nach NATO-Kriterien, die aus dem Kernhaushalt finanziert werden und weitere Ausgaben nach NATO-Kriterien des Kernhaushalts summieren sich auf 50,51 Milliarden Euro. Hieraus resultieren weitere 4,25 Mrd. € Ausgaben nach NATO-Kriterien, die schuldenfinanziert sind.

Die Gesamtsumme der kreditfinanzierten Ausgaben nach NATO-Kriterien beläuft sich damit auf 80,45 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 63,5% der Gesamtausgaben nach NATO-Kriterien.

Grafik 1: Anteil der schuldenfinanzierten Verteidigungsausgaben an den Gesamtausgaben für Verteidigung.



Die Planungen der letzten Bundesregierung sahen für 2025 noch ein Verhältnis von circa ein Drittel schuldenfinanzierten Ausgaben nach NATO-Kriterien zu zwei Drittel nicht

schuldenfinanzierten Ausgaben vor. Dieses Verhältnis wird sich bis Ende der Finanzplanung im Jahr 2029 umkehren. Dann zahlen zukünftige Generationen zwei Drittel der Verteidigungsausgaben.

Weniger Ambitionen als die Ampel

Im Vergleich zum Haushaltsentwurf der Ampel stellen CDU, CSU und SPD über 15 Mrd. € weniger Mittel aus laufenden Einnahmen für die Verteidigungsfähigkeit zur Verfügung.

Die Haushaltsplanung der Ampel sah für den Einzelplan 14 und die Ausgaben für andere Einzelpläne nach NATO-Kriterien (also ohne die Ausgaben des Sondervermögens Bundeswehr, das zu 100 % aus Neuverschuldung finanziert wird) ca. 67,5 Mrd. € vor. Berücksichtigt man den Anteil der Kreditfinanzierung des Gesamthaushalts, so sind ca. 60,4 Mrd. € Verteidigungsausgaben aus laufenden Einnahmen finanziert.

Die Haushaltsplanung von CDU, CSU und SPD sehen für den Einzelplan 14 und die Ausgaben für andere Einzelpläne nach NATO-Kriterien (also ohne die Ausgaben des Sondervermögens Bundeswehr, das zu 100 % aus Neuverschuldung finanziert wird) ca. 81,5 Mrd. € vor. Die Ausgaben der Bereichsausnahme, die den NATO-Kriterien entsprechen und nicht über die Bereichsausnahme kreditfinanziert sind, entsprechen ca. 40,46 Mrd. €. Addiert man die Ausgaben nach NATO-Kriterien, die nicht der Bereichsausnahme unterliegen, ergibt sich ein Betrag von ca. 51,23 Mrd. € bzw. unter Berücksichtigung der Kreditfinanzierung des Haushalts außerhalb der Bereichsausnahme ein Betrag von 45,28 Mrd. €.

Tabelle 3: Berechnung der Differenz der Ausgaben nach NATO-Kriterium die nicht kreditfinanziert sind.

	1. Reg.E 2025	2. Reg. E 2025
	in Mrd. €	
Ausgaben nach Nato-Kriterien ohne SV BW	67,49 €	81,43 €
Ausgaben der Bereichsausnahme nach Natokriterien		70,66 €
Anteil Kreditfinanzierung der Bereichsausnahme		43%
Ausgaben der Bereichsausnahme nach Nato-Kriterien die nicht kreditfinanziert sind		40,46 €
Ausgaben nach Nato-Kriterien die nicht der Bereichsausnahme unterliegen		10,77 €
Summe Ausgaben nach Nato-Kriterien nicht SW BW und nicht kreditfinanziert durch Bereichsausnahme		51,23 €
Anteil Kreditfinanzierung Gesamthaushalt	10,5%	11,6%
Ausgaben nach Nato-Kriterien nicht Kreditfinanziert	60,40 €	45,28 €
Differenz 1. Reg.E 2025 und 2. Reg.E 2025	15,12 €	- 15,12 €

Das zeigt, dass die Ampel mehr Anstrengungen in Höhe von ca. 15,12 Mrd. € unternommen hat, um die Verteidigungsausgaben aus laufenden Einnahmen zu decken. Man stellt sich also nicht nur nicht dem Verteilungskampf, in dem man die zweifelsohne bestehende große Herausforderungen der jetzigen Generation durch Prioritätensetzung aus laufenden Einnahmen

deckt. Man verschafft sich durch die neue Regelung der Bereichsausnahme für den erweiterten Verteidigungsbegriff sogar noch Luft für andere Ausgaben – hauptsächlich für konsumtive Ausgaben im Sozialbereich.

Ausnahmeregelung revidieren!

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass dringend die Balance bei der Generationengerechtigkeit wieder hergestellt werden muss. Es muss ein deutlich höherer Anteil der Verteidigungsausgaben durch die jetzige Generation statt durch die zukünftigen Generationen finanziert werden. Die **Ausnahmeregelung muss revidiert** werden. Es muss auch von der jetzigen Generation deutlich mehr als 1 % des BIPs für die Wiedererlangung der Verteidigungsfähigkeit beigetragen werden.

Finger weg von weiteren Ausnahmen!

Weitere Ausnahmen hingegen dürfen **auf keinen Fall verwirklicht werden**. Die Bereichsausnahme für den erweiterten Verteidigungsbegriff führt dazu, dass sich die aktuelle Bundesregierung unbegrenzt zu Lasten zukünftiger Generationen innerhalb dieser Aufgabenbereiche verschulden kann. Die einzige Disziplinierung erfolgt aktuell dadurch, dass die Zinslasten, die durch diese Verschuldung entstehen durch die aktuellen Haushalte zu finanzieren sind. Wenn zukünftig solche Zinszahlungen auch unter die Bereichsausnahme fallen sollten, gibt es keinen Grund mehr die Verschuldung einzudämmen.

Impressum:

Falken Inside

Policy Paper zum Bundeshaushalt 2026 – Bereich Verteidigung

**Herausgeber:**

Die Falken – Institut für solide Staatsfinanzen

Kontakt:

Karsten Klein

inside@die-falken.com

Alle Inhalte dieses Werkes, insbesondere Texte, Abbildungen und Grafiken, sind urheberrechtlich geschützt. Das Urheberrecht liegt, soweit nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, bei: Die Falken – Institut für solide Staatsfinanzen. Jede Art der Vervielfältigung, Verbreitung, öffentlichen Zugänglichmachung oder andere Nutzung bedarf der ausdrücklichen, schriftlichen Zustimmung.

Zitate im Sinne von § 51 UrhG sollen mit folgender Quellenangabe versehen sein: Die Falken – Institut für solide Staatsfinanzen (2025): Falken Inside, Policy Paper zum Bundeshaushalt 2026 – Bereich Verteidigung.